

2 Der Zusammenbruch der Sowjetunion und die Entstehung des neuen Russland

2.1 Perestroika. Die unvollständige Reform des Sowjetsystems

Mit Michail Gorbatschow betrat 1985 abermals ein ambitionierter Sozialingenieur die Bühne. Doch einen genauen Plan besaß dieser Ingenieur nicht. Er erkannte wohl, dass vieles falsch lag und setzte dort an. Aber zu einem vollständigen Abschied von den sozialistischen Strukturen, deren Produkt er selbst schließlich war, mochte er sich nicht durchringen. Das Ergebnis war eine Folge von Entscheidungen, die im Jahr 1986 einsetzten. Sie ging als Perestroika in die Geschichte ein. Viele dieser Entscheidungen waren nicht miteinander vereinbar. Die erste große Reform betraf die obersten Staatsorgane. Die neue Figur eines sowjetischen Präsidenten wurde eingeführt. Er war sowohl Staatsoberhaupt als auch Parlamentspräsident und wurde vom neu geschaffenen Organ eines Volksdeputiertenkongresses gewählt. Das bisherige Legislativorgan des Obersten Sowjets wurde ebenfalls reformiert. Es sollte künftig in parlamentarischer Manier debattieren und Gesetze beschließen.³⁷

Unter dem Motto der Glasnost (Transparenz) wurden die Menschen aufgefordert, rundheraus zu sagen, wo sie der Schuh drückte. Die Volksvertretung avancierte zum Ort erbitterter Debatten. Die Idee dahinter: ein realistisches Bild vom Zustand der Gesellschaft zu bekommen, das nicht durch Propaganda und Funktionäre gefiltert und verzerrt war. Logisch wäre als nächster Schritt die Gründung von Parteien und Vereinen gewesen. Nach Gorbatschows Vorstellung aber sollte sich die neue Offenheit im Mantel der Kommunistischen Partei artikulieren. Nicht bedacht wurde die Eigendynamik, die das Öffnen der Schleusen für Kritik und abweichende Meinungen freisetzen sollte. In der Vorstellung, mit einer Meckerecke sei schon viel erreicht, zeigte sich die Unerfahrenheit des Generalsekretärs mit offener Politik. Wo hätte sie auch herkommen sollen?

Bald sparten Fernsehen und Parlamentsdebatten kein Tabu mehr aus. Damit geriet die neue Offenheit an die Wurzeln des Systems – Hitler-Stalin-Pakt, Katyn, Gulag, Zwangskollektivierung, Terror. Versuche, die Debatte zu zügeln, verärgerten die Kritiker, die es auslebten, ohne Angst alles zum Thema machen zu dürfen. Das Gleiche galt für das Verhältnis von Partei und Staat. Die mäch-

³⁷ Dazu und im Folgenden Günter Trautmann: Sowjetunion im Wandel. Wirtschaft, Politik und Kultur seit 1985, Darmstadt 1989.

tigsten Provinzfürsten der Partei, die Ersten Sekretäre, sollten sich der Wahl durch Delegierte des Parteivolks stellen, Gegenkandidaturen waren ausdrücklich erwünscht. Die Idee dahinter war, die Wahl und das Handeln der Funktionäre an den Willen der Parteimitglieder zu koppeln. Doch innerparteiliche Demokratie will gelernt sein.³⁸

Regierung und staatliche Verwaltungen sollten auf Kosten der Partei aufgewertet werden. Diese Unterscheidung war in der Sowjetunion jedoch artifiziell. De facto schöpften beide aus demselben Funktionsreservoir. Parteisekretäre hatten eine fachliche Ausbildung, mit der sie Staat und Wirtschaft anzuleiten und zu überwachen hatten, und die Staatsfunktionäre waren nach den Kriterien der Parteikonformität ausgewählt worden. Lediglich begrifflich ließ sich der Machtkomplex Partei/Staat trennen. Nur unter der Bedingung einer offenen Parteikonkurrenz hätten sich die staatlichen Strukturen wirklich verselbständigen können. Parteienpluralismus stand aber nicht zur Debatte.

Schließlich sollte die zentrale Wirtschaftslenkung abgebaut werden. Betriebe, Kombinate und Genossenschaften sollten selbständiger wirtschaften. Dies machte aber keinen Sinn, wenn nicht gleichzeitig freie Preisbildung und unternehmerisches Risiko eingeführt wurden. Dezentralisierung rief gleich die Frage nach der Eigentumsordnung auf den Plan, nach privaten Unternehmen in den Bereichen der Produktion und Verteilung. Für diesen Tabubruch war Gorbatschow nicht zu haben.

Die Verfassung sollte mehr Gewicht bekommen. Nach dieser Verfassung hatte seit 1936 jede Republik der Union das Recht, die Union zu verlassen. Als die baltischen Republiken 1988 damit Ernst machten, ließ der Präsident Armee und Polizei aufmarschieren.

Verändern ja, aber wohin? Die Richtung ließ sich erkennen, Verfassungsstaat, Öffentlichkeit, Marktwirtschaft. Sie aber zu benennen und ihr konsequent zu folgen, dafür schienen die Verhältnisse noch nicht reif. Deshalb hing das sozialtechnologische Projekt der Perestroika in einem hybriden, halbfertigen Zustand, und dieser verlangte irgendwann klare Aussagen: Weiter voran oder zurück? Gorbatschow blieb die Antwort schuldig.

Die Mächte des Gestern putschten schließlich im August 1991, um die Uhr zurückzustellen, und setzten den amtierenden Präsidenten Gorbatschow an seinem Urlaubsort fest. Sie scheiterten am russischen Präsidenten Boris Jelzin. Dieser stellte dann im weiteren Verlauf der Entwicklung die Weichen umso deutlicher in Richtung auf die Kopie einer marktwirtschaftlichen Demokratie.

³⁸ Dazu und im Folgenden Archie Brown: Der Gorbatschow-Faktor. Wandel einer Weltmacht, Frankfurt/M. und Leipzig 2000.

2.2 Machtkampf: Russland gegen die Sowjetunion

Die russische Teilrepublik unter ihrem Präsidenten Boris Jelzin, der im Juni 1991 gewählt wurde, scherte bereits vor dem Putsch immer stärker aus dem sowjetischen Staatsverband aus. Der Grund lag in einem persönlichen Zerwürfnis mit Gorbatschow, aber auch in unterschiedlichen Auffassungen über das Ausmaß und Tempo der Reformen. Jelzin brach vollständig mit der Kommunistischen Partei und scheute auch den öffentlichen Konflikt mit dem sowjetischen Präsidenten nicht mehr. Nach dem Putsch gegen Gorbatschow schob er diesen ohne große Skrupel beiseite. Russland überschattete fortan die Sowjetunion. Jelzins konstitutionelle Position in Russland unterschied sich nicht groß vom Format des sowjetischen Präsidenten. Die Geschehnisse in der russischen Republik hatten für das Schicksal der Sowjetunion und Gorbatschows unvermeidlich größere Bedeutung als diejenigen in den übrigen Republiken. Neben der Größenordnung lag dies vor allem daran, dass alle sowjetischen Befehlsstränge im Zentrum Moskau zusammenliefen.

Wie schon in der Zeit der Russischen Revolution war diejenige Person politisch im Vorteil, der es gelang, mit der Kontrolle über die Militär- und Polizeikommandeure die Hauptstadt zu beherrschen. Das Gleiche galt für den Zugriff auf die zentralen TV-Studios. Jenseits aller Rechts- und Verfassungsaspekte spielte der Putsch des Jahres 1991 Jelzin als russischem Präsidenten die entscheidende Rolle für die Ausübung der Staatsgewalt in der Sowjetunion zu. Die Bilder eines kraftlosen Präsidenten Gorbatschow, den die gescheiterten Putschisten wieder freigelassen hatten, und eines vitalen, auf einem Panzer gestikulierenden russischen Präsidenten Jelzin, der nicht zögerte, die blutige Konfrontation mit Armeeeinheiten zu riskieren, die sich in den Dienst der Putschisten gestellt hatten, taten ein Übriges. Vor laufenden Kameras demütigte Jelzin anschließend den gescheiterten Sowjetpräsidenten im Obersten Sowjet mit beißender Kritik.

Nun drängte es Jelzin nicht, an die Spitze der maroden Sowjetunion zu treten. Die Chance, die Strukturen der alten Sowjetunion und der Sowjetwirtschaft zu zerschlagen, stand in Russland am besten. Die Perestroika hatte die Stützen der alten Ordnung dort am stärksten geschwächt. Und dort gab es in Gestalt der Reformer, des diplomatischen Apparats und der Auslandsexperten auch eine geeignete Infrastruktur, um die Beziehungen zum westlichen Ausland für die komplette Veränderung des politischen Systems einzuspannen. Mit Abrüstungsvereinbarungen und der Preisgabe des östlichen Bündnissystems hatte Gorbatschow den Weg bereits vorgezeichnet.

Die systempolitische Annäherung an Marktwirtschaft, Pluralismus und Verfassungsstaatlichkeit versprach einerseits einen Sympathiebonus im westlichen Ausland und die Aussicht auf die Hilfe westlichen Kapitals bei weiterreichenden

Wirtschaftsreformen. Andererseits musste jeder weitere Schritt in Richtung auf eine wirkliche Marktwirtschaft die roten Direktoren treffen, die ihre Positionen der alten Ordnung verdankten. Um sie zu schwächen, war der russische Präsident bereit, den Preis einer Auflösung des sowjetischen Staates zu zahlen.

Die 14 übrigen Republiken machten Gorbatschows Reformen allenfalls halbherzig mit. Allein die Balten entschieden sich gegen den Verbleib in der Union. Die Ukraine mit ihren 50 Millionen Bürgern sowie bedeutender Landwirtschaft und Industrie war ein Hort der Konservativen in der Kommunistischen Partei. Das Gleiche galt für Weißrussland und die zentralasiatischen Republiken. Im Kaukasus zeichnete sich das Wiederaufleben nationaler Konflikte ab, die von der Sowjetregierung noch mit harter Hand unter der Oberfläche gehalten worden waren. Jelzin forderte die Republiken auf, soviel Souveränität von der Union zu reklamieren, wie sie wollten. Eine Konferenz der Republikpräsidenten entschied, die Sowjetunion mit Ablauf des Jahres 1991 aufzulösen. Zuvor hatten, beginnend im April 1991, zahlreiche Republiken von einem Austrittsrecht Gebrauch gemacht, das in der Verfassung schon immer enthalten, stets aber als Formalie abgetan worden war.

2.3 Die Ära Jelzin. Präsidialverfassung und Marktwirtschaft zerstören die Grundlagen der Sowjetordnung

Das nunmehr unabhängige Russland stand bis 1993 im Zeichen einer Doppelherrschaft. Die russischen Wähler bestätigten Boris Jelzin 1991 zwar im Präsidentenamt. Aber sie wählten ein Parlament, das mehrheitlich Abgeordnete zählte, die für weitere Wirtschaftsreformen nichts übrig hatten. Hier ist zu bedenken, dass sich die Lebensverhältnisse der russischen Bürger seit Beginn der Gorbatschowschen Perestroika noch weiter verschlechtert hatten. Nicht einmal mehr die Planwirtschaft funktionierte schlecht und recht, und Wirtschaftsreformen, die sich positiv auf den Lebensstandard hätten auswirken können, ließen auf sich warten – ganz davon abgesehen, dass der Abschied vom Wirtschaftsplan und die Umstellung auf den Markt zunächst einige Gewinner, aber viele Verlierer hervorbrachte.

Jelzin arbeitete auf eine rasche und umfassende Privatisierung hin, um die Ressourcen kommunistischer Parteifunktionäre und die ihrer Verbündeten in der Staatsverwaltung auszutrocknen. Das Parlament hingegen favorisierte den Status quo. Konstitutionell befand sich das Parlament in einer starken Position. Russland hatte noch keine parlamentarische, sondern eine Räteverfassung. Im Parlament verbanden sich immer noch exekutive, legislative und judikative Gewalt. Zwar gab es jetzt einen Präsidenten mit exekutiven Vollmachten. Doch die

Grenzen zu den Exekutivrechten des Parlaments waren schlecht markiert. Der Parlamentspräsident war nicht nur Vertreter eines Legislativorgans, er konnte auch als Teilhaber an der Exekutivgewalt des Parlaments auftreten. Das Parlament aber in Gestalt seines Präsidenten Ruslan Chasbulatow wälzte Jelzin fortwährend Steine in den Weg. Um die Blockade zu lösen, veranlasste der Präsident 1992 eine in der Verfassung nicht vorgesehene Volksabstimmung über die Privatisierung der Staatsbetriebe. Das Referendum fand eine knappe Mehrheit.

Jelzin nahm dieses Votum als Mandat für eine weitreichende Verfassungsrevision. Abermals ohne konstitutionelle Grundlage berief er eine Verfassungskonferenz ein. Die Parlamentsmehrheit protestierte und erklärte Jelzin 1993 wegen seiner Verfassungsverstöße für abgesetzt. Vizepräsident Alexander Ruzkoi trat an seine Stelle. Jelzin schlug mit der abermals verfassungswidrigen Auflösung des Parlaments zurück. Ein Teil der Parlamentarier, darunter der Parlamentspräsident, weigerte sich, das Parlamentsgebäude zu räumen. Sie verbarriadierten sich und baten die Armee um Unterstützung. Jelzin hingegen ließ von Armeeeinheiten, die auf seiner Seite standen, das Parlamentsgebäude beschießen und zwang die Parlamentarier schließlich zum Aufgeben. In der Serie der Jelzinschen Verfassungsverstöße war dies die Krönung mit einem unverblühten Putsch. In der russischen und Weltöffentlichkeit verblasste diese Tatsache hinter der vom Wunsch geleiteten Wahrnehmung, welche die Ereignisse als Befreiungsschlag für Reform und Demokratie hinstellte.

Die nächsten Schritte im Machtkampf waren eine neue Verfassung und die Veräußerung des Staatsvermögens. Beraten von anerkannten Verfassungsexperten, entschied sich die außerkonstitutionelle Verfassungskonferenz für eine Präsidialverfassung. Ihr Vorbild war die Verfassung der V. französischen Republik. Sie wurde aber nicht einfach kopiert, sondern mit weitaus größeren Präsidialrechten angereichert. In allen denkbaren Standardsituationen sollte sich der Präsident gegen das Parlament durchsetzen können.

Mit der Verfassung allein war es nicht getan, die Macht des Präsidenten zu konsolidieren. Moskau lockerte seinen Griff auf der bundesstaatlichen und gesellschaftlichen Ebene. Durch eilige Privatisierungsaktionen erhielten findige Jungunternehmer, die bereits in der Agoniephase der Sowjetunion ihren Schnitt gemacht hatten, freie Fahrt für die weitere Bereicherung. Die Privatisierung selbst wurde am grünen Tisch geplant und ohne Rücksicht auf die russischen Gegebenheiten durchgeführt. Um den schönen Eindruck einer Beteiligung des Volkes an den privatisierten Unternehmen zu fabrizieren, wurden allen russischen Bürgern Anteilscheine ausgehändigt. Sie versprachen Gleichbeteiligung am Wert an den zu privatisierenden Staatsunternehmen. Die Ausgabe erfolgte an eine Bevölkerung, die keine Kenntnis von Vermögenswerten hatte, vor allem aber zu wenig Bargeld besaß, um ihre blanke Existenz zu bestreiten. Darüber

hinaus erzeugte die hohe Inflation unwiderstehlichen Druck, Bargeld in den Konsum zu geben.

Unter diesen Voraussetzungen verkauften die Bürger ihre Coupons an den Meistbietenden. Die Papiere waren die Bausteine eines gewaltigen Vermögens-transfers, der profitable Staatsbetriebe in wenigen Händen konzentrierte. Nutznießer waren vor allem jene Unternehmer, die bereits große Geldvermögen ihr eigen nannten und Banken gegründet hatten. Sie waren die natürlichen Verbündeten Jelzins. Dies zahlte sich aus, als 1996 die Wiederwahl des Präsidenten anstand. Diese Oligarchen, wie sie fortan genannt wurden, investierten mit viel Geld und der Unterstützung ihrer TV-Sender massiv in Jelzins Wahlkampf. Er strafte es damit für ein knapp misslungenes Amtsenthebungsverfahren ab.

Die Gouverneure der damals noch 89 – heute 83 – Gliedstaaten Russlands griffen bei der Privatisierung der Unternehmen ihrer Gebiete persönlich zu. Etliche gebärdeten sich wie Herrscher unabhängiger Staaten. Sie kamen ihrer Pflicht, Steuern an Moskau abzuliefern, nicht nach und ignorierten auch sonst nach Gusto das Föderationsrecht. Als Folge entwickelte sich Russland zu einem diffusen Rechtsgebilde. Die Gouverneure mit ihrem Zugriff auf die Gemeinden und bürgernahen Verwaltungen hatten guten Grund, bei der Vorbereitung der Wahlen Jelzin zu unterstützen, der ihnen diese Freiheiten erlaubte.

Das Gesamtergebnis dieser Entwicklungen: Frühere Kommunisten und Profiteure der Planwirtschaft passten sich an die neuen Verhältnisse an. Sie verlegten sich auf die Privatwirtschaft oder sie verloren mit der Entstaatlichung ganz simpel ihre Jobs und Lebensgrundlagen. Dies alles ging unter der Flagge der Hinwendung zu Demokratie und Marktwirtschaft vorstatten. Der Beifall des westlichen Auslands ließ nicht auf sich warten. Eine neue Form des Regimes nahm Gestalt an: ein oligarchisches Bündnis des Präsidenten mit superreichen Unternehmern und mächtigen Gouverneuren. Beide Gruppen beschränkten sich keineswegs auf die Korridore der Macht, um Konkurrenten auszusteichen und neue Märkte zu erobern. Die mit hoher krimineller Energie geschaffenen Supervermögen expandierten auch mit illegalen Methoden, wobei sich eine florierende russische Mafia als Gewaltdienstleister anbot.³⁹

Die Gesellschaft als Ganzes, insbesondere Facharbeiter, das weite Hinterland der Metropolen Moskau und Petersburg, Landarbeiter, Dörfler, Rentner, kurz: die Masse des russischen Volkes hatte nichts von alledem. Armut, Arbeitslosigkeit, Bettelei und Kriminalität griffen um sich. Die wenigen Reichen protzten mit superteuren westlichen Autos und luxuriösen Villen, besuchten teure Bars und kauften in Glitzerpassagen ein, die in den Metropolen aus dem Boden

³⁹ Vadim Volkov: Violent Entrepreneurship in Post-Communist Russia, in: Europe-Asia Studies, 51. Jg. (1999), S. 741-754.

schossen, und ließen sich auch von Mondscheinpreisen nicht beeindrucken. Auf der anderen Seite hielten unterbezahlte Beamte und Polizisten für Amtshandlungen die Hand auf. Mit großem internationalem Beifall zog die Regierung bis 1994 die letzten Truppen aus Deutschland ab. Daheim erwarteten die Soldaten und ihre Familien karge Behausungen in Einödgebietten. Das von der Bundesregierung bereitgestellte Geld für versprochene Unterkünfte versickerte zum Teil in dunklen Kanälen.

Vor diesem Hintergrund reifte Nostalgie. Die Pressefreiheit trieb so üppige Blüten wie unter keinem früheren Regime. Die Medien gehorchten lediglich den Gesetzen des Marktes. Für alle war etwas dabei: Intellektuelle und Gebildete goutierten die Kritik an den Herrschenden und den Missständen. Das übrige Leserpublikum wurde vom Boulevard mit sensationsheischenden Berichten über Katastrophen und Kriminalität bedient. Inhalt und Art der Zeitungen erschreckten und verstörten ein Publikum, das in der kontrollierten Öffentlichkeit der Sowjetzeit groß geworden war, in der Berichte über Verbrechen im eigenen Land unterdrückt oder geschönt worden waren. Die kleinen demokratischen Parteien und ihre Wortführer begrüßten Parlamentarismus und Meinungspluralismus, mochten sie mit den unappetitlichen Aspekten der raschen Veränderungen auch nicht einverstanden sein.

Die Gesellschaft insgesamt erlebte die 1990er Jahre als ein einziges Desaster, das alles Gewohnte und Vertraute auf den Kopf stellte. Was Wunder, dass diese Erfahrung mit der russischen Demokratie, für die es ja keine andere Anschauung gab, die Idee der Demokratie selbst diskreditierte? Dass die Demokratie im Westen das Bild bestimmte, mochte geläufig sein. Es machte die Sache aber nicht besser. Der ohnehin fremde Westen war immerhin über mehr als 60 Jahre das Feindbild des Sowjetregimes.

Trotz Meinungs- und Pressefreiheit hatte das politische System in dieser Ära die Züge eines autoritären Regimes.⁴⁰ Im Mittelpunkt stand der Präsident, der, wie geschildert, den Oligarchen und Gouverneuren größte Freiheiten beim Geldverdienen und der Missachtung der Gesetze einräumte. Der Rest der Gesellschaft war lediglich Gegenstand politischen Kalküls. Die Privatisierungs- und Marktbildungspolitik schlug wie ein Hammer auf Menschen ein, die weder informiert noch gefragt wurden noch überhaupt verstanden, was da geschah. In diesem Wandel wurde dennoch wieder eine Kontinuitätslinie sichtbar: Die Ereignisse waren das Ergebnis eines Denkens unter den neuen Regenten, wie es den Sozialingenieur charakterisiert.

⁴⁰ Zum Folgenden allgemein Margareta Mommsen: *Der Kreml und die Schatten der Macht*, München 2003.

Die autokratische und sowjetische Vergangenheit hatte die Gesellschaft für politisch verursachte Zumutungen konditioniert. Jelzin verhielt sich nicht anders als ein Gorbatschow, nur eben machtbewusster und systempolitisch konsequenter. Doch mit Jelzin wurde Russland nicht einfach nur ein autoritäres Regime mit seinem charakteristischen begrenzten Pluralismus. Es weichte auch als Staat auf. Die Staatsgewalt verlor ihren Biss.⁴¹ Dies zeigte sich nicht zuletzt am Präsidenten selbst.

Von Krankheit und Alkoholismus gezeichnet, stellten sich bei Jelzin immer längere Ausfallzeiten ein. Familie und enge Mitarbeiter, so der Anschein, trafen für den Präsidenten die Entscheidungen. Die Allianz mit den Oligarchen deutete in diese Richtung. Ein zweites Merkmal des schwachen Staates ist die Durchsetzungsschwäche in der Fläche. Auch diese stand durch die Alleingänge der Teilrepubliken in Frage. Die polizeiliche Kapazität des Staates hatte in Russland von jeher maßgebliche Bedeutung. Der Polizeiapparat war von den politischen Umwälzungen mitbetroffen. Dies galt auch für den früheren KGB, der jetzt als FSB weitergeführt wurde. Die neuen Machtstrukturen passten nicht zu seinem alten Aufgabenbild.

2.4 Putins großer Plan: Die Restauration der Staatskontrolle

Von diesem Zustand aus lässt sich die letzte Etappe in der russischen Politik bestimmen. Sie begann mit dem Entschluss Boris Jelzins, Wladimir Putin zum Nachfolger zu bestimmen und ihn zu diesem Zweck zunächst als Regierungschef zu berufen.⁴² Mit ihm betrat im Jahr 2000 der vorerst letzte große Sozialingenieur die politische Bühne. Er erledigte vereinbarungsgemäß seinen Auftrag, dem Präsidenten 1999 einen honorigen Abgang zu verschaffen und machte sich dann ans Werk. Ihm ging es um die Restauration eines handlungsfähigen Zentrums und einer vom Staat kontrollierten Ressourcenbasis.⁴³ In der Politik der Putin-Präsidentschaft lässt sich ein Design erkennen:

⁴¹ Staat ist hier im Sinne des politikwissenschaftlichen Konzepts zu verstehen, aus dem etwa der Begriff des Failed state hergeleitet ist. Siehe Robert I. Rotberg: *The Failure and Collapse of Nation-States*, in: Robert I. Rotberg (Hrsg.), *When States Fail: Causes and Consequences*, Princeton und Oxford 2004, S. 1-45; Alexander Straßner und Margarete Klein (Hrsg.): *Wenn Staaten scheitern. Theorie und Empirie des Staatszerfalls*, Wiesbaden 2007.

⁴² Margareta Mommsen und Angelika Nußberger: *Das System Putin. Gelenkte Demokratie und politische Justiz in Russland*, München 2007, S. 33ff.

⁴³ Rita di Leo: *Putin, Professional Politician*, in: *Journal of Communist Studies and Transition Politics*, 24. Jg. (2008), S. 573-584.

- a. Verfassung und Verwaltungskontrolle genügten nicht, um politische Kontinuität zu sichern. Es bedurfte einer politischen Organisation, einer Staatspartei, die Präsident und Regierung von Multimilliardären und Regionalfürsten unabhängig machte. Neue Parteien- und Wahlgesetze untermauerten den Erfolg einer Präsidentenpartei, die Parlament, Regierung und Provinz erfolgreich zu verklammern verstand, ohne die Parteienpluralität ganz zu ersticken. Es ging dabei nicht nur um politische Kontrolle, sondern auch um die Projektion demokratischer Befindlichkeit in die Weltöffentlichkeit. Das Ergebnis war die Gründung der Partei Einiges Russland.
- b. Die Reichen Russlands hatten sich dem Primat der Politik zu beugen. Sie sollten weiterhin Geld verdienen dürfen, aber das politische Zentrum durfte bestimmen, womit. Negativ ausgedrückt: nicht mit politischem Journalismus und nur begrenzt mit Öl und Gas. Auf letzterem Geschäftsfeld sollte der russische Staat selbst mit eigenen Konzernen tätig sein. Exemplarische Prozesse und Strafen für Oligarchen, die gegen das Politikenthaltungsgebot verstießen, haben die Reichen inzwischen diszipliniert. Dieser Effekt war so wichtig, dass dafür auch ein schlechtes Image in der demokratischen Welt in Kauf genommen wurde.
- c. Außerkonstitutionelle Gesetze stellten die Kontrolle des Präsidenten über die Chefs der Regionalverwaltungen her. Sie können heute praktisch auch gegen den Willen der Regionalparlamente abgesetzt werden. Die Staatspartei sorgt dafür, dass diese Kontrolle möglichst ohne Konflikte mit der Zentrale vonstatten geht.
- d. Der Öl- und Gasförderung kommt die Aufgabe zu, die Modernisierung der Infrastruktur und des Sozialstaates zu finanzieren. Russland hat heute in vieler Hinsicht die Struktur eines Rohstoffstaates, der allerdings eine Partnerschaft mit privaten Investoren und eingeschränkt auch mit ausländischen Firmen praktiziert.
- e. Die politischen Spitzen des Präsidialsystems, Präsident und Regierungschef, werden als dehnbare Rollen ausgefüllt. Das Rollenverständnis prämiiert die stärkere Persönlichkeit und stattet sie mit der Kontrolle der Staatspartei aus. Auch nach dem Wechsel ins Amt des Regierungschefs blieb Putin die Schlüsselfigur des Regimes.
- f. Die aus der Sowjetzeit überkommenen sozialen Leistungen sollten modernisiert und in das Preis- und Einkommensgefüge einer Marktwirtschaft integriert werden. Der Staat entlastet sich heute durch Geldtransfers von den Kosten, die früher durch die kostenfreie Bereitstellung infrastruktureller Leistungen anfielen.
- g. Russland integriert sich in die internationale Wirtschaftswelt und behauptet seinen Platz als bedeutender Spieler in der Weltpolitik. Dabei sucht es auch

den Respekt vor seiner inneren Ordnung. Aber es zahlt dafür nicht den Preis, seine politische Struktur dem Modell der liberalen Demokratie anzugleichen. Dies käme einem Kontrollverzicht des politischen Zentrums gleich.

Dieses Programm ist in sich schlüssig. Es wird von den Bürgern belohnt. Der starke Staat entspricht gewachsenen Erwartungen. Der Staat als Wachs in den Händen von Reichen und Günstlingen gehört der Vergangenheit an. Aber der begrenzte Pluralismus ist weiterhin eine Tatsache. Daraus zu folgern, Russland habe ein autoritäres Regime, wäre indes vorschnell.

Russland

Einführung in das politische System und Vergleich mit
den postsowjetischen Staaten

Hartmann, J.

2013, X, 273 S., Softcover

ISBN: 978-3-658-00174-2